

Fallstudie 1 – familienrecht – scheidung - Spanien

Kosten in Spanien

Kosten für erstinstanzliche Verfahren, Rechtsmittelverfahren und Verfahren der alternativen Streitbeilegung

	Fall-studie Erstinstanzliches Verfahren			Rechtsmittelverfahren			Alternative Streitbeilegung	
	Eingangskosten	Allgemeine Kosten	Sonstige Kosten	Eingangskosten	Allgemeine Kosten	Sonstige Kosten	Besteht diese Möglichkeit in derartigen Fällen?	Kosten
	Sicherheits-leistungen für Rechtsanwalt und Prozessbevollmächtigten, außer es besteht Anspruch auf Prozesskostenhilfe gemäß Gesetz 1/1996 über Prozesskostenhilfe Bei Scheidungen in gegenseitigem Einvernehmen sind die Parteien von der Zahlung der Gerichtsgebühren befreit. In strittigen Scheidungsverfahren sind Gerichtsgebühren zu entrichten, es sei denn, die beantragten Maßnahmen beziehen sich ausschließlich auf Minderjährige.	Dies sind die allgemeinen Verfahrenskosten. Sie werden der Partei auferlegt, deren Anträge vollständig zurückgewiesen wurden (Grundsatz, dass die unterliegende Partei die Kosten trägt), es sei denn, der Fall wirft ernste faktische oder rechtliche Zweifel auf, die der Klärung bedürfen (Art. 394 Absatz 1 Zivilprozessordnung). Wenn dem Antrag teilweise stattgegeben oder der Antrag teilweise zurückgewiesen wurde, trägt jede Partei die eigenen Kosten sowie die gemeinsamen Kosten je zur Hälfte. In strittigen Scheidungsverfahren greift der Grundsatz, wonach die unterliegende Partei die Kosten trägt (Artikel 394 Absatz 2 Zivilprozessordnung). Registern	Kosten im Zusammenhang mit Sachverständigen und der Ausfertigung von Abschriften, Beglaubigungen, notariellen Urkunden, Schriftstücken und Auszügen aus öffentlichen Registern	Wie im erstinstanzlichen Verfahren	Es gilt dieselbe Regelung wie im erstinstanzlichen Verfahren.	Es gilt dieselbe Regelung wie im erstinstanzlichen Verfahren.	In Spanien ist die Mediation in Familiensachen vorgesehen, zuständig sind die Autonomen Gemeinschaften.	Die Autonomen Gemeinschaften sehen im Prinzip eine kostenlose Mediation vor.
Fall A	Sicherheits-leistungen für Rechtsanwalt und Prozess-bevollmächtigten, außer es besteht Anspruch auf Prozesskostenhilfe gemäß Gesetz 1/1996 über Prozesskostenhilfe Bei Scheidungen in gegenseitigem Einvernehmen sind die Parteien von der Zahlung der Gerichtsgebühren befreit. In strittigen Scheidungs-verfahren sind Gerichtsgebühren zu entrichten, es sei denn, die beantragten Maßnahmen beziehen sich ausschließlich auf Minderjährige.	Dies sind die allgemeinen Verfahrenskosten. In strittigen Scheidungsverfahren werden die Kosten der Partei auferlegt, deren Anträge vollständig zurückgewiesen wurden (Artikel 394 Absatz 1 Zivilprozessordnung).	Beibringung von Beweisen, Erstellung einer Scheidungsfolgen-vereinbarung	Die Partei, die Rechtsmittel einlegt, muss zunächst eine Sicherheit hinterlegen, außer sie hat Anspruch auf Prozesskostenhilfe.	Es gilt dieselbe Regelung wie im erstinstanzlichen Verfahren.	Es gilt dieselbe Regelung wie im erstinstanzlichen Verfahren.	In Spanien ist die Mediation in Familiensachen vorgesehen, zuständig sind die Autonomen Gemeinschaften.	Etwaige Gebühren für Fachleute, die an der Mediation beteiligt sind
Fall B								

Kosten für Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher und Sachverständige

Fall-studie Rechtsanwälte		Gerichtsvollzieher	Sachverständige				
Besteht Anwaltszwang?	Kosten	Muss der Gerichtsvollzieher in Anspruch genommen werden?	Kosten vor Urteilsverkündung	Kosten nach Urteilsverkündung	Muss ein Sachverständiger hinzugezogen werden?	Kosten	
Fall A	Es besteht Anwaltszwang und die Pflicht zur Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten (Artikel 750 Zivilprozessordnung).	Für die Gebührenrechnungen des Anwalts und des Prozessbevollmächtigten muss ein Vorschuss hinterlegt werden. In strittigen Scheidungsverfahren muss die unterliegende Partei die Kosten nach der Urteilsverkündung übernehmen.	Nicht zutreffend	Keine	Keine	Sachverständige sind an solchen Verfahren in der Regel nicht beteiligt.	Keine
Fall B	Es besteht Anwaltszwang und die Pflicht zur Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten (Artikel 750 Zivilprozessordnung).	Für die Gebührenrechnungen des Anwalts und des Prozessbevollmächtigten muss ein Vorschuss hinterlegt werden. In strittigen Scheidungsverfahren muss die unterliegende Partei die Kosten nach der Urteilsverkündung übernehmen.	Nicht zutreffend	Keine	Keine	Sachverständige sind an solchen Verfahren in der Regel nicht beteiligt.	Keine

Kosten für Zeugenentschädigung, Sicherheitsleistungen und sonstige Gebühren

Fall-studie Zeugenentschädigung		Sicherheitsleistungen	Sonstige Gebühren		
Erhalten Zeugen eine Entschädigung?	Kosten	Gibt es das? Wann und wie wird davon Gebrauch gemacht?	Kosten	Beschreibung	Kosten
Fall A	Zeugen haben Anspruch darauf, dass die Partei, von der sie benannt wurden, sie für die Nachteile, die ihnen durch ihr Erscheinen vor Gericht entstanden sind, entschädigt (Artikel 375 Absatz 1 Zivilprozessordnung).	Sie sind teilweise in den Verfahrenskosten enthalten.	Keine	Standesamtliche Urkunden, Heiratsurkunden oder Geburtsurkunden etwaiger Kinder, sofern diese Unterlagen für die Anspruchs begründung relevant sind (Artikel 777 Absatz 2 Zivilprozessordnung)	Je nach Dokument
Fall B	Zeugen haben Anspruch darauf, dass die Partei, von der sie benannt wurden, sie für die Nachteile, die ihnen durch ihr Erscheinen vor Gericht entstanden sind, entschädigt (Artikel 375 Absatz 1 Zivilprozessordnung).	Sie sind teilweise in den Verfahrenskosten enthalten.	Keine	Standesamtliche Urkunden, Heiratsurkunden oder Geburtsurkunden etwaiger Kinder, sofern diese Unterlagen für die Anspruchs begründung relevant sind (Artikel 777 Absatz 2 Zivilprozessordnung)	Je nach Dokument

Kosten für Prozesskostenhilfe und andere Erstattungen

Fall-studie Prozesskostenhilfe

	Wann und unter welchen Voraussetzungen wird sie gewährt?	Wann wird sie in vollem Umfang gewährt?	Voraussetzungen	Erstattungen Kann die obsiegende Partei die Erstattung der Prozesskosten verlangen?
Fall A	Es muss nachgewiesen werden, dass keine ausreichenden wirtschaftlichen Mittel zur Führung des Rechtsstreits (z. B. zur Zahlung des Rechtsanwalts und des Prozessbevollmächtigten) zur Verfügung stehen.		Die wirtschaftliche Bedürftigkeit gilt dann als gegeben, wenn die Partei nachweisen kann, dass ihre jährlichen Gesamtmittel und -einkünfte pro Haushalt das Doppelte des zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Einkommensindikators (IPREM) nicht übersteigen.	Dies hängt von der Vereinbarung mit dem Anwalt ab, sofern eine solche getroffen wurde.
Fall B	Es muss nachgewiesen werden, dass keine ausreichenden wirtschaftlichen Mittel zur Führung des Rechtsstreits (z. B. zur Zahlung des Rechtsanwalts und des Prozessbevollmächtigten) zur Verfügung stehen.		Die wirtschaftliche Bedürftigkeit gilt dann als gegeben, wenn die Partei nachweisen kann, dass ihre jährlichen Gesamtmittel und -einkünfte pro Haushalt das Doppelte des zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Einkommensindikators (IPREM) nicht übersteigen.	Dies hängt von der Vereinbarung mit dem Anwalt ab, sofern eine solche getroffen wurde.

Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen

Fall-studie Übersetzung

	Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Übersetzungsleistungen notwendig?	Wie hoch sind die Kosten ungefähr?	Dolmetschen Wann und unter welchen Voraussetzungen sind Dolmetschleistungen notwendig?	Wie hoch sind die Kosten ungefähr?
Fall A	Bei allen amtlichen oder privaten Dokumenten aus dem Ausland, die nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen vorzulegen sind (Übersetzung durch beeidigte und staatlich anerkannte Übersetzer)			
Fall B		Übersetzer legen ihre Tarife selbst fest.	Dolmetscher werden bei Bedarf zum Verfahren hinzugezogen.	Dolmetscher legen ihre Tarife selbst fest.

■ Letzte Aktualisierung: 17/07/2013

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.